

→1

www.bundesfinanzministerium.de

Sven-Christian Kindler, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227-74232

www.sven-kindler.de

→2

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-599_en.htm

Alliance for Affordable

Solar Energy e.V. (AFASE)

Tel. +32 2282 9631

www.afase.org

EU ProSun

Tel. +32 0495 417401

www.prosun.org

→3

Bundesverband Solarwirtschaft (BSW)

Quartier 207

Friedrichstr. 78

10117 Berlin

Tel. 030 2977788-0

www.solarwirtschaft.de

Impressum

Verlag:

Guido Bröer & Andreas Witt GbR

Bültestraße 70b

32584 Löhne

Tel. 05731 83460

Fax 05731 83469

www.solarthemen.de

redaktion@solarthemen.de

Redaktion:

Guido Bröer, Andreas Witt

Aboservice:

Elke Harre

Tel. 05731 83460

Anzeigen + Beilagen:

Arndt Klöckner, Berlin

Tel. 0170 4944794

Druckerei:

Kurt Eilbracht GmbH & Co. KG

Gohfelder Straße 45

32584 Löhne

Erscheinungsweise:

Zweimal pro Monat

Abopreise:

Standard: 132 Euro/Jahr

Studierende: 72 Euro

Ausland: plus 15 Euro

ISSN: 1434-1530

Bundeskabinett kürzt bei Erneuerbaren

In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung den Haushaltsplan 2014 und den Wirtschaftsplan für den Energie- und Klimafonds (EKF) beschlossen. Unter dem Strich soll weniger Geld für die Energiewende fließen.

Dies ergibt sich aus den noch unveröffentlichten Etatplänen, die den Solarthemen vorliegen. Um konkrete Summen zu ermitteln, müssen der Haushaltsplan und der Plan für den EKF gemeinsam betrachtet werden. Denn die Bundesregierung bleibt bei dem von der Opposition massiv kritisierten Prinzip, dass sie die Programme zu einem erheblichen Teil über den EKF finanzieren will, der aus dem staatlichen Verkauf von CO₂-Verschmutzungsrechten gefüllt wird.

Beispiel Marktanreizprogramm (MAP) und Nationale Klimaschutzinitiative (NKI): Aus dem ersteren werden die Zuschüsse des BAFA für Solaranlagen, Holzheizungen und Wärmepumpen sowie Förderkredite der KfW finanziert, aus zweiterem zum Beispiel Klimaschutzprojekte von Kommunen. Im Haushalt wird der gemeinsame Posten für NKI und MAP zwar um gut 10 Prozent auf 335,7 Millionen Euro aufgestockt. Allerdings wird zugleich im EKF-Plan beim MAP um 65 Millionen Euro auf 107 Millionen Euro und bei der NKI um 55 Millionen Euro auf 119 Millionen gekürzt. Dabei trägt der Vergleich zu den ursprünglichen Planzahlen des EKF für 2013, denn diese Summen werden bei weitem nicht erreicht, weil die Einnahmen aus dem Emissionsrechteverkauf um mehr als die Hälfte geringer ausfallen dürften, als die Regierung vor Jahresfrist voraussetzte.

Aktuell rechnet die Bundesregierung für 2014 mit Einnahmen von 924 Millionen Euro aus dem Emissionshandel statt der 2,046 Milliarden, die für 2013 einmal angesetzt waren. Um den Mangel auszubügeln, will sie dem EKF im Jahr 2014 655 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zuweisen. Der grüne Haushaltspolitiker Sven Christian Kindler nennt das einen „absurden Verschiebepark“. Kindler war es auch, der die Öffentlichkeit auf einen neuen Posten aufmerksam gemacht hat, den die Regierung in den EKF-Plan für 2014 neu hineingeschrieben hat: 350 Millionen Euro für „Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen“ sollen zur Verfügung gestellt werden. Dabei geht die Regierung zugleich davon aus, dass der CO₂-Zertifikatspreis weiter im Keller bleibt, also 2014 kei-

nerlei Strompreissteigerung für die Industrie bewirken wird. →1

gb

EU und China reden über PV-Dumping

Am Rande der europäisch-chinesischen Wirtschaftskonsultationen in der vergangenen Woche betonte EU-Handels-Kommissar Karel De Gucht Europas Interesse an einer gütlichen Beilegung des PV-Handelsstreits.

Europa erwarte allerdings „nicht mehr und nicht weniger“ als Maßnahmen, mit denen China die durch Dumping verursachte Verletzung des Marktes revidiere.

Thorsten Preugschas, Vorsitzender der Lobbyvereinigung AFASE, die sich gegen die Anti-Dumping-Maßnahmen der EU gebildet hat, sagte: „Die EU und China haben wenig Zeit für eine Verhandlungslösung. Wir rufen beide Seiten dazu auf, in den nächsten sechs Wochen zu einer Einigung zu kommen, die Preissteigerungen vermeidet und die Interessen der vor- und nachgelagerten EU-Industrie berücksichtigt.“

Im Solarthemen-Interview bläst sein Gegenspieler, Milan Nitzschke, Präsident der Lobbyvereinigung EU ProSun ins gleiche Horn wie de Gucht: „Eine Verhandlungslösung ist nur zulässig, wenn damit die Schädigung der europäischen Industrie durch Dumping beseitigt wird.“

Lesen Sie zum Dumping-Streit auch die Pro- & Contra-Beiträge von Milan Nitzschke und Udo Möhrstedt ab Seite 10. →2

gb

PV-Park-Gewerbesteuer für Standortgemeinden

Der Bundesrat hat jetzt nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) zugestimmt, dass Gewerbesteuern von Solarparks zu 70 Prozent den Standortgemeinden zufließen.

Bislang war ein Gewerbesteuersplitting zwischen Standort des Kraftwerks und den Arbeitsplätzen der Betreibergesellschaft nur bei Windparks vorgesehen. Im Januar war die Neuregelung für Solarparks zusammen mit dem Jahressteuergesetz im Bundesrat stecken geblieben (Solarthemen 392). „Dies stärkt die Identifikation von Bürgern mit großen Energiewende-Projekten“, kommentierte Carsten König, Hauptgeschäftsführer des BSW. →3

gb